

**GELEBTE
DEMOKRATIE**
Dessau-Roßlau



**WOCHE
GELEBTER
DEMOKRATIE**

„Und ich denke, diese Stadt verträgt Experimente.“



23. November 2011 Gemeinde- und
Diakoniezentrum St. Georg
Dessau-Roßlau

**2. Netzwerkkonferenz: Bürger_innenbeteiligung
ist GELEBTE DEMOKRATIE**



**LOKALER AKTIONSPLAN
DESSAU/ROSSLAU**



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

INHALT

Vorbemerkungen	03
Kurzinput	
Zwei Jahre Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau- Roßlau – Bilanz und Ausblick Folker Bittmann (Netzwerkgruppe)	04
Fachimpuls	07
Bürger_innenschaft und Beteiligung - Ziele, Beispiele und Wege Dr. Patrick Föhl (Leiter Netzwerk für Kulturberatung Berlin)	
Verlauf und Ergebnisse Workshop 1	10
Bürger_innenengagement, Bürger_innenbeteiligung und Vernetzung – Perspektiven für Dessau-Roßlau	
Verlauf und Ergebnisse Workshop 2	15
Bürger_innenhaushalt als Instrument für Dessau-Roßlau - Ziele und nächste Schritte	
Verlauf und Ergebnisse Workshop 3	18
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Dessau- Roßlau – Von der Idee zur Praxis	
Podiumsdiskussion	21
Bürger_innenbeteiligung im Spannungsfeld zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit: Dr. Patrick Föhl (Leiter Netzwerk für Kulturberatung Berlin) André Bückner (Generalintendant des Anhaltischen Theaters) Uwe Schmitter (Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE; KIEZ e. V.) Dr. Stefan Exner (Stadtratsvorsitzender Dessau-Roßlau)	
Zusammenführende Ein- und Ausblicke. Ein Resümee	24
Impressum	24

Vorbemerkungen

Liebe Leserinnen und Leser,

die WOCHEN GELEBTER DEMOKRATIE ist nun Geschichte. Doch vorbei ist damit noch längst nicht alles: Ganz im Gegenteil. Gerade die vorliegende Zusammenfassung beweist eindrucksvoll, dass die vom Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE unterstützten und angestoßenen Prozesse auf der Agenda der demokratischen Stadtgesellschaft auch weiterhin einen hohen Stellenwert einnehmen werden.

Die Dokumentation erfasst dabei vor allem die Ergebnisse der Netzwerkkonferenz vom 23. November 2011 im Dessauer Gemeinde- und Diakoniezentrum. Die Tagung fungierte als Höhepunkt der gesamten WOCHEN, in der die Debatten aus den vorangestellten Einzelveranstaltungen in eine eher praxis- und zielorientierte Phase überführt werden konnten. Ausführliche Berichte zu den Einzelveranstaltungen finden Sie im Januar 2012 u. a. auf der Homepage des Lokalen Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz der Stadt Dessau-Roßlau (www.lap-dessau-rosslau.de).

An dieser Stelle möchten wir uns zunächst vor allem bei den zahlreichen ehrenamtlichen Helfer_innen aus dem Netzwerk bedanken. Ohne das Engagement der Kommunalpolitikerin, der Personalrätin, eines Vereinsvorsitzenden, eines Mitgliedes im hiesigen Bündnis gegen Rechtsextremismus, einer Polizeibeamtin, einer Mitarbeiterin der Stadtverwaltung und eines Leitenden Oberstaatsanwaltes, um nur einige zu nennen, wären die logistischen und operativen Herausforderungen nicht zu stemmen gewesen. Den Blumenstrauß an die Referenten und Moderator_innen, den die Konferenzgäste in den obligatorischen Bewertungsbögen zusammengestellt haben, möchten wir hiermit uneingeschränkt weiterreichen. Ein herzliches Dankeschön geht nicht zuletzt an die Mitarbeiter_innen des Offenen Kanals in Dessau-Roßlau, die mit ihren umfangreichen Berichten dazu beigetragen haben, die Diskussionen rund um die WOCHEN GELEBTER DEMOKRATIE einem größeren Publikumskreis zugänglich zu machen.

Wir wünschen Ihnen viele Anregungen und das ein oder andere AHA-Erlebnis beim Lesen und würden uns freuen, wenn Sie Hinweise, Kritik und Anmerkungen direkt an uns weiterleiten.

Die Redaktion, im Dezember 2011

Kurzinput

Zwei Jahre Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE in Dessau-Roßlau – Bilanz und Ausblick.

Folker Bittmann (Netzwerkgruppe)

Folker Bittmann, seines Zeichens Leitender Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Dessau-Roßlau und zugleich engagiertes Gesicht in GELEBTE DEMOKRATIE, beginnt seine Bilanzierung mit einem bemerkenswerten Satz: „Die Entwicklung des Netzwerkes ist in diesem Jahr von der Durchbrechung der Themenfixierung auf Rechtsextremismus gekennzeichnet.“ Damit spielt er auf eine inhaltlich-thematische Horizonterweiterung des Netzwerkes an, ohne dabei das wichtige Engagement gegen rechtsextreme und menschenfeindliche Tendenzen, Einstellungsmuster und Aktivitäten in Abrede zu stellen. In diesem Jahr sei es demnach erstmals gelungen, Aktivitäten zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens in der Stadt zu bündeln. Die WOCHE GELEBTER DEMOKRATIE habe nicht nur zur eigenen Profilschärfung beigetragen, sondern noch einen anderen Beweis erbracht: „Wir wissen nicht alles besser, wir wollen nicht andere Aktivitäten und die Aktivitäten anderer lähmen. Hilfreiche Koordinierung anzubieten, dürfte aber allen zu Gute kommen.“

Bittmann ist sich sicher, dass das Netzwerk alles andere als eindimensional ist, schließlich werde es von ganz unterschiedlichen Institutionen und Menschen getragen, die mit ihren verschiedenen Wertvorstellungen und Lebensentwürfen dazu beigetragen haben, dass sich eine ganz eigene Diskurskultur entwickelt habe: „Interne Debatten wurden zuweilen hochemotional geführt. Aber – und das wundert mich jedesmal wieder aufs Neue: Wir gelangten zu Ergebnissen, trafen akzeptierte Entscheidungen und fanden schließlich – wohl gerade aufgrund der schonungslos offenen, aber nie persönlich herabwürdigenden Worte – immer gemeinsame Lösungen: Das ist zweifellos eine kleine Erfolgsgeschichte!“ Hinzukomme, dass die Entscheidungsfindungsprozesse im Netzwerk so transparent wären, dass „es schon manchmal wehtue“.

Doch der Zusammenschluss aus über 50 engagierten Bildungsträgern, Vereinen, Initiativen, Institutionen und engagierten Einzelpersonen sei stets überaus lebendig. Folker Bittmann hat Zahlen im Gepäck, die dies quantifizieren. Demnach haben sich die einzelnen temporärer Arbeitsgruppen im Jahr 2011 immerhin zu bislang 27 Sitzungen zusammengefunden, an denen insgesamt 350 Netzwerkakteur_innen und Gäste teilgenommen haben. Wie handlungs- und mobilisierungsfähig das Netzwerk mittlerweile ist, machte er indes an dem innerhalb weniger Tage aus dem Boden gestampften demokratischen Protest gegen eine geplante rechtsextreme Großveranstaltung fest: „Den aufwendigsten Schwerpunkt stellten die Vorbereitungen der Gegenveranstaltungen zum erfreulicherweise dann doch an Dessau-Roßlau vorbeigegangenen NPD-Bundesparteitag dar.“

Folker Bittmann, dem man anmerkt, dass ihn die Ereignisse im Zusammenhang mit der Neonazimordserie ganz persönlich aufwühlen, findet dazu klare Worte: „Die Vorgänge um

den Nationalsozialistischen Untergrund mit wohl 8 ermordeten Türken, einem ermordeten Griechen und einer ermordeten Polizistin erschüttern in mehrfacher Hinsicht. Weniger sichtbar geworden, aber nicht weniger bedeutsam ist das Klima, welches diese Taten, wenn nicht begünstigte, so doch zumindest ihre Aufklärung erschwerte und verzögerte: Tote Türken müssen doch selbst etwas mit ihrer Ermordung zu tun haben. So haben doch (fast) alle gedacht, auch die Presse, auch das allgemeine Publikum. Für manchen Ermittler schien das gar keine Frage, sondern selbstverständlich gewesen zu sein.“ Rhetorisch fragt Bittmann sich und die Tagungsgäste: „Würden wir solche Mitverantwortung auch vermuten, wenn es eine solche Serie von Morden an Deutschen gegeben hätte?“ Dass Deutschland nach nunmehr zehn Jahren dieser Toten endlich gedenke, enthält für ihn auch eine Aufforderung an alle demokratischen Menschen im Land: „Auch wir alle, jeder für sich als Privatperson, haben Grund, uns bei den Opfern und vor allem ihren Familien und Freunden für diese Verdächtigungen zu entschuldigen.“ Im Namen des gesamten Netzwerkes und aller Anwesenden, tut Bittmann dann genau dies: „Ich hoffe, dass ich nicht nur für mich allein spreche, wenn ich mich hier aus Anlass der Eröffnung der Netzwerkkonferenz bei den Opfern entschuldige und allen, die sie lieb hatten, mein herzliches Beileid ausspreche.“

Aus der aktuellen Debatte, die für ihn in Dessau-Roßlau schon seit der Gründung von GELEBTE DEMOKRATIE mit einer wesentlich dynamischeren Qualität geführt werde, leitet er einen zentralen Gedanken ab, der so oder so ähnlich bereits im Leitbild des Netzwerkes nachzuschlagen ist: „Auch, ja gerade dem Andersdenkenden gebührt unsere Anerkennung, unser Respekt. Hüten wir uns vor dem pädagogischer Zeigefinger: Vorsicht überall dort, wo nach Macht über andere gestrebt wird.“



Gerade mit der WOCHE GELEBTER DEMOKRATIE habe das Netzwerk einen ersten Schritt unternommen, um Mechanismen von gegenseitigen Vorurteilen, Stereotypen, Rollenzuschreibungen und Missverständnissen auf kommunaler Ebene zu minimieren: „Der

Umgang zwischen Bevölkerung und öffentlichen Institutionen ist nicht so, wie er sein soll. Die Menschen schimpfen auf die Politiker, fühlen sich von den Ämtern gegängelt. Politiker und Mitarbeiter der Verwaltung fühlen sich unverstanden, ihre teilweise in der Tat äußerst schwierige Arbeit werde nicht anerkannt, ja mißachtet. Die Schere ging in den letzten Jahren, nicht mit einem Ruck, aber stets und ständig, weiter auseinander.“

Dieses Unverständnis tue der Demokratie nicht gut und stärke am Ende die Deutungsmächtigkeit von Ausgrenzungsideologien wie die des Rechtsextremismus. Für das Netzwerk sei sonnenklar, dass Demokratie in einem Setting mit wenigen Gewählten und vielen Zuschauern nicht funktionieren könne. Oder anders formuliert, wer an den Interessen von Bürger_innen orientierte Veränderungsprozesse im demokratischen Gemeinwesen einfordere, müsse sich auch engagiert einbringen. Doch die Voraussetzungen für dieses MITMACHEN müssten auch attraktiv und transparent sein, dürften nicht zur bloßen „Anhörungsdemokratie auf dem Papier“ degenerieren.

Zum Abschluss wagt Folker Bittmann noch einen Blick auf die Herausforderungen, die auf das Netzwerk im kommenden Jahr warten. Als einen Schwerpunkt macht er dabei den weiteren Ausbau und die Qualifizierung eines präventiv angelegten Frühwarnsystems aus, mit dem noch wirksamer als bislang auf demokratiefeindliche Ereignislagen und Tendenzen in der Stadtgesellschaft reagiert werden könne.

„Wir werden irgendwann auch über Geld reden müssen“, ist sich das Netzwerkgesicht indes sicher. Denn bürgerschaftliches Engagement brauche, wenn es wirksam sein wolle, auch eine professionelle Beratung und Begleitung. Bislang komme GELEBTE DEMOKRATIE mit Projektfinanzierungen gerade so über die Runden. Mit städtischen und gesellschaftlichen Institutionen, müsse bereits in den nächsten Monaten über eine Verstetigung der Aktivitäten verhandelt werden: „Meine Damen und Herren Stadträte, da vertraue ich auf eine überparteiliche Einsicht.“



Fachimpuls

Bürger_innenschaft und Beteiligung -
Ziele, Beispiele und Wege

Dr. Patrick Föhl (Leiter Netzwerk für Kulturberatung Berlin)

Die Tagesmoderatorin Nicole Markus stellt den Referenten, der auf der Konferenz mit seiner Fachexpertise für erste Impulse sorgt, treffend und prägnant vor: „Dr. Föhl ist kein Unbekannter in Dessau-Roßlau, moderiert er doch die Erstellung eines Kulturentwicklungskonzeptes und ist ein Freund beteiligungsorientierter Prozesse.“ Ganz klassisch beginnt Dr. Föhl mit einem Zitat, dass nicht aus seiner Feder stammt, sondern das er aus Afrika mitgebracht hat: „Erkläre mir und ich werde vergessen. Zeige mir und ich werde mich erinnern. Beteilige mich und ich werde verstehen.“ Dieses durchaus als Analogiedreiklang zu verstehende Sprichwort könne gut dazu dienen, Ziele, Wege, Grenzen und Stolpersteine für partizipative Momente im demokratischen Gemeinwesen zu illustrieren. Die Komplexität und Duplizität der modernen Gesellschaft, als Schlagwörter



nennt der Referent hier Globalisierung, Medialisierung, Individualisierung und den demographischen Wandel, mache es gerade auch für staatliche Institutionen immer notwendiger, auf mehr Beteiligung zu setzen: „Denn das ist für uns alle und insbesondere für die Politik, eine permanente Überforderung.“ Gerade auf das in vielen gesellschaftlichen Sphären angehäuften Wissen und Know-How könne der Staat nicht länger verzichten. Dieses Erkenntnis, so Dr. Föhl, setze sich auch immer mehr in den verwaltungspolitischen Eliten durch. Demnach, seien die Start- und Ausgangsbedingungen für

Bürger_innenbeteiligung aktuell nicht die schlechtesten, gerade weil diese „intellektuellen und monetären Ressourcen“ benötigt werden. Schließlich gehe es auch um finanzielle Kompensationsprozesse, denn der Staat könne in Zukunft nicht mehr das vorhalten, was er jahrelang als Angebotspalette offerierte. Auch Dessau-Roßlau stünden solche schmerzhaften Anpassungen unmittelbar bevor: „Das ist auch hier ein Thema, dass man lange vor sich her geschoben hat. Aber jetzt wird es immer virulenter und offensichtlicher.“ Und eben weil diese harten Realitäten und Wahrheiten die Bürger_innen ganz unmittelbar betreffen, sei es angezeigt, Mitsprache und Beteiligung zu ermöglichen. Das könne am Ende nicht nur die Akzeptanz erhöhen, sondern Verwaltung und Politik auch ganz pragmatisch und praktisch entlasten. Eine Entlastung nämlich, bei der Suche nach tragfähigen Lösungen und Konzepten.

Am umstrittensten, so verät Dr. Föhl eine nicht ganz neue Analyse, seien dabei Entscheidungen zur öffentlichen Infrastruktur. Wenn ganz vitale Interessen wie die Schließung einer Schule oder eines Theaters auf der Agenda stünden, wären die Menschen bekanntlich viel mehr berührt, streift eine solche Weichenstellung doch ihr unmittelbares

Lebensumfeld. Und schließlich könnten gerade Beteiligungsprozesse im Kultursektor mithelfen, die Angebote attraktiver zu gestalten: „Die sind zwar da, die finden auch alle gut, aber nicht so viele Menschen gehen hin.“ Denn die Hälfte der Bürger_innen, so der Referent, besuche die Kultureinrichtungen überhaupt nicht mehr: „10 % sind heavy user und 40 % nutzen sie ab und zu einmal.“ Diese „bottom up“, also von „unten gewachsenen Prozesse“, müssten eine viel stärkere Deutungsmächtigkeit im öffentlichen Diskurs erlangen, als bislang. Das hieße im Umkehrschluss nicht, dass die politischen Verfahren „von oben“, mithin die repräsentative Demokratie, vollständig abgeschafft werden sollten. Vielmehr sollten sie im Idealfall als flankierende Politikberatung funktionieren: „Denn hier können Bürger eine große Rolle spielen.“ Das setze jedoch nicht nur bei Verwaltungen und Politik den Willen zur Veränderung voraus: „Auch die Bürger müssen aus dem Nachlass ‘der Besserwisser’ ein Stück weit herauskommen.“ Denn wer sich auf solche kooperativen Steuerungen einlasse, müsse am Ende Entscheidungen auch mittragen. Und genau diese Melange aus Konsensentscheidungen und Perspektivwechseln findet Dr. Föhl reizvoll. Dessau-Roßlau attestiert er diesbezüglich noch einigen Nachholebedarf: „Die Stadt steht, das ist meine subjektive Sicht von Außen, für verhärtete Fronten.“ Und dies müsse anders werden, endlich sollten alle Verantwortlichen an einem Strang ziehen. Für diese Bemerkung mit Aufforderungscharakter bekommt Patrick Föhl Szenenapplaus. Immerhin befinde sich die Doppelstadt an Elbe und Mulde in einer Situation, die bundesweit kaum vergleichbar sei: „Die Stadt schrumpft extrem und hat eine breit aufgestellte Infrastruktur. Da kann man sich eben nicht mehr auf segmentierte Interessen zurückziehen wo jeder versucht, sein Ding durchzuziehen. Wenn sich hier nichts ändert, wird das Sparen weiter als Politikersatz betrieben.“

Der Referent sieht dabei nicht nur Stadtverwaltungen in einer Bringschuld: „Wenn Bürger etwas entscheiden wollen, müssen sie sich auch mit den Informationen und Sachständen konfrontieren. Das ist zweifellos zusätzliche Arbeit.“

Indes erfahren die geeigneten Besucher_innen, dass der Begriff, der sich für Bürger_innenbeteiligung durchgesetzt hat, mit der Bezeichnung „kooperative Demokratie“ zusammengefasst wird. Die vorstellbaren und praktizierten Formen der Partizipation sind vielschichtig und breit. Patrick Föhl nennt dafür exemplarische Beispiele in Aufzählung: Mediationen, runde Tische, Zukunftswerkstätten, Planungsspiele, Stadtteilforen und Bürger_innenhaushalte. Die kleinste und klassischste Form sei die Befragung: Da kann ungeschönt die Meinung auf den Tisch gelegt werden.“

Doch wie können Bürger_innen denn nun ganz praktisch an der Ausgestaltung des demokratischen Gemeinwesens mitwirken? Diese Frage treibt nicht nur den Experten auf dem Podium um. Die von einigen Gästen vielleicht erhofften einfachen Antworten und schematische Folienlösungen, dass stellt der Wissenschaftler unmissverständlich klar, könne es dabei nicht geben. Die unterschiedlichen Ausgangs- und Rahmenbedingungen seien

ebenso relevant, wie die vorhandenen Ressourcen. Zwei Merksätze hat er allerdings doch im Argumentationsrucksack: „Eine gute Planung beteiligt viele Akteure, interne wie externe.“ Und wenig später führt er aus: „Es ist besonders konstruktiv, Konfliktmeinungen zusammenzubringen. Denn dann entsteht etwas Neues, etwas Innovatives.“ Der Befund für Dessau-Roßlau, so Föhl, exemplarisch für ein Setting, dass vor allem sozioökonomisch geprägt werde: „Die fehlende Wirtschaftskraft hängt unmittelbar mit der sozialen Polarisierung zusammen.“ Und die fehlende Wirtschaftskraft werde höchstwahrscheinlich nicht wieder kommen: „Solchen Illusionen geben sich vor allem Politiker hin.“ Dieses „Wachstumsparadigma“ schwinde in allen neuen Bundesländern mit. Doch in Ermangelung von Transferleistungen und der Wirksamkeit der Schuldenbremse ab 2020 müssten sich gerade ostdeutsche Kommunen mit einer zentralen Frage beschäftigen: „Wie kann auch ohne Wachstum Sozial- und Kulturarbeit bestritten werden?“ Nicht nur Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ducke sich hier weg, auch der Wissenschaftsbetrieb habe derzeit keine überzeugenden Lösungen in petto: „Ich komme aus dem Kulturmanagement, auch da hat niemand eine Antwort parat.“



Seine abschließenden Resümee zum Stand der Beteiligung in der Bauhausstadt, verbindet Dr. Patrick Föhl zunächst mit einem Mutmacher: „Begreifen Sie sich als Pioniere. Sie haben viel in der Hand.“ Gerade im Prozess zur Erarbeitung eines Kulturentwicklungskonzeptes braucht die Lenkungsgruppe, in der übrigens auch eine Vertreterin des Netzwerkes GELEBTE DEMOKRATIE sitzen soll, nicht nur wegen eines „Ressourcenproblems in der Planung“, jede Unterstützung, die zu kriegen ist: „Wir sind ohnehin darauf angewiesen, dass die Bürgerschaft aktiv mitarbeitet.“

Verlauf und Ergebnisse Workshop 1

Bürger_innenengagement, Bürger_innenbeteiligung und
Vernetzung – Perspektiven für Dessau-Roßlau

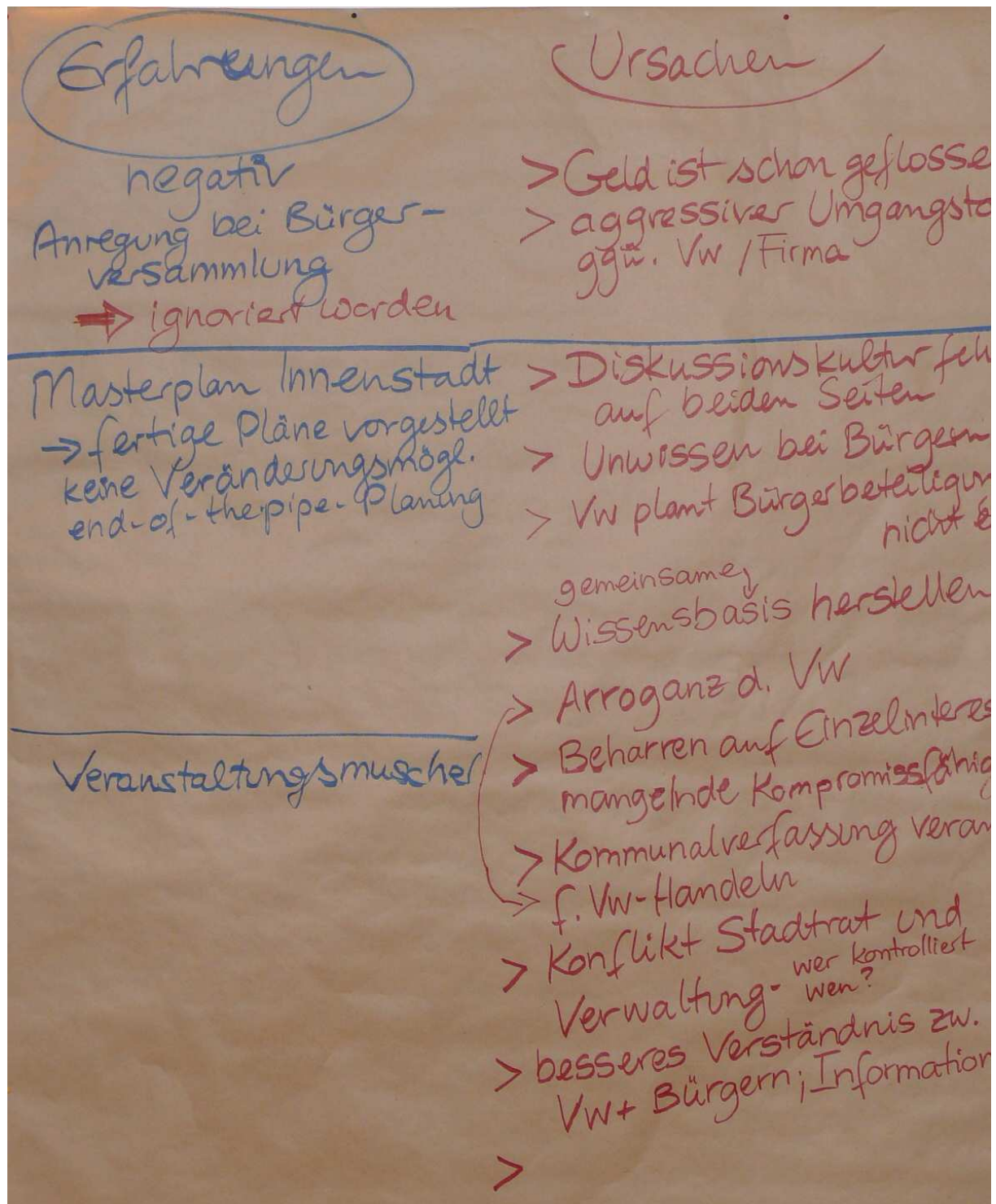
Moderation: **Nicole Marcus** (Freiwilligen-Agentur Halle/Saalkreis e. V.)

Rahmenbedingungen in Dessau-Roßlau – Erfahrungen, reflexive Ursachensuche und zukünftige Anforderungen

Dieser Workshop knüpfte, wie alle anderen auf der Netzwerkkonferenz, unmittelbar an Diskussionen aus der Vorläuferversammlung an. Bereits am 15. November 2011 fand im Rahmen der WOCHGELEBTER DEMOKRATIE der thematische Auftakt dazu unter dem Titel „Bürger_innenengagement live – Bürger_innen bewegen die Stadt“ statt. Dabei stand vor allem eine Bestandsaufnahme im Mittelpunkt. Die Moderatorin Nicole Marcus, die bereits die Einzelveranstaltung leitete, hatte zur Orientierung und zum Einstieg die visualisierten Zwischenergebnisse vom 15. 11. dabei.

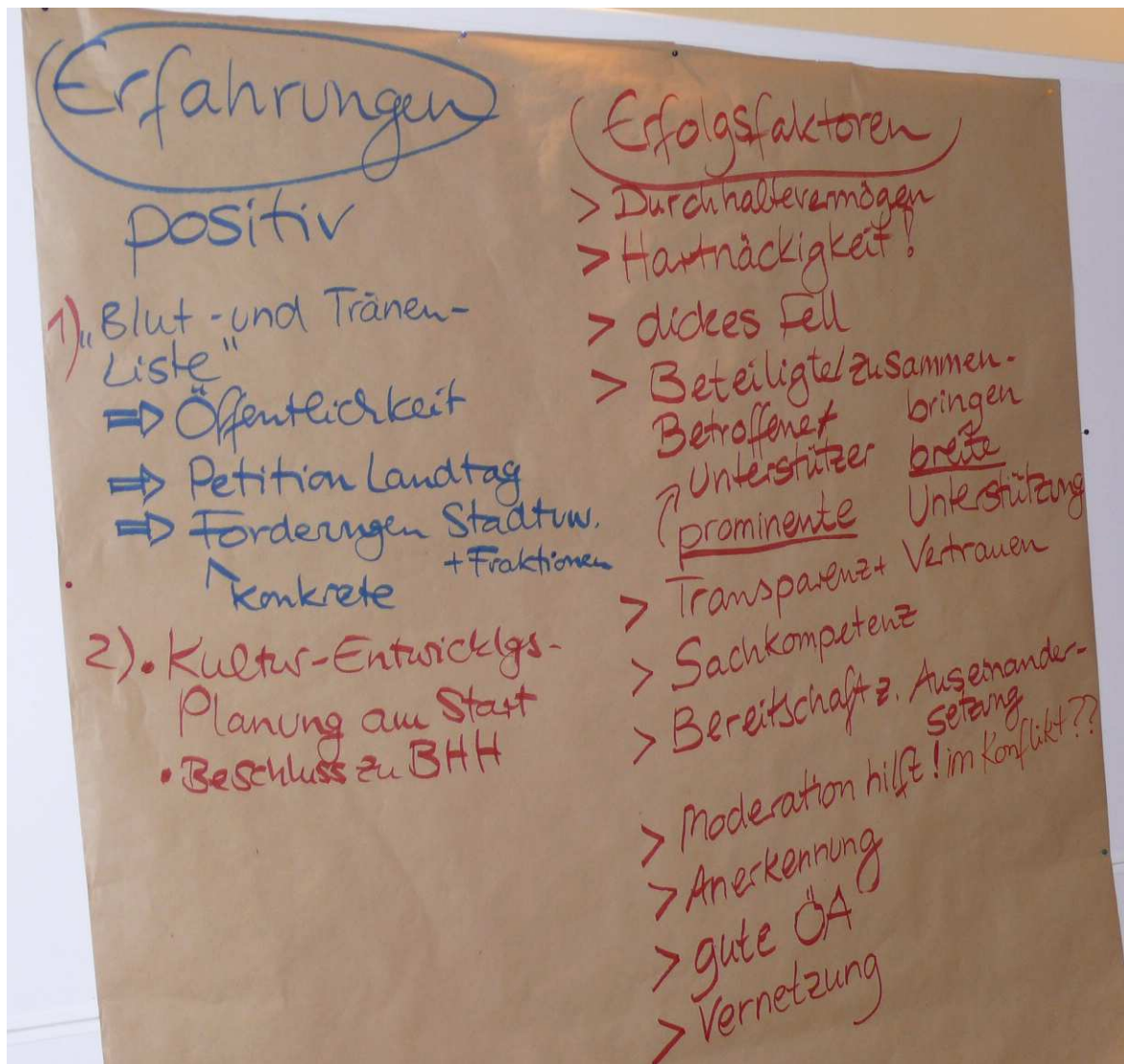


Die Diskutant_innen hatten dort eigene Erfahrungen mit Prozessen von Bürger_innenbeteiligung in Dessau-Roßlau benannt und diese hinsichtlich ihrer Breitenwirkung und Veränderungspotentiale reflektiert. Einige dieser Beteiligungsformate wurden im Nachgang als wenig partizipativ eingeschätzt und damit im Ergebnis eher als negative Erfahrungen markiert. Beispielhaft nannten die Teilnehmenden den „MASTERPLAN INNENSTADT“ und das Integrationskonzept der Stadt. Als Hinderungsfaktoren wurden u. a. zu späte und wenig transparente Einzelmaßnahmen im Beteiligungsverfahren, der mangelnde Informationsfluss und damit einhergehende Wissenshierarchien, das Festhalten an partikularen Eigeninteressen und das beidseitige Fehlen Diskussionskultur benannt. Hinzu komme, so eine Quintessenz aus der Bestandsaufnahme, dass die Verwaltung Beteiligungsverfahren in der Planung nicht genügend berücksichtige und auch augenscheinliche Konflikte im Stadtrat solche Verfahren behindern würden.



Doch die Moderatorin hatte zur Diskursanknüpfung auch positiv besetzte Beispiele dabei. So habe die Debatte um die so genannte „Blut-und Tränenliste“, ein medial inszenierter Begriff der Einsparungspläne der Stadt vor allem im Kulturbereich und bei freiwilligen Leistungen beschreibt, gezeigt, dass das Engagement von Bürger_innen durchaus wirkungsmächtig in die lokale Öffentlichkeit hineinwirken könne. Eine Initiative habe so innerhalb kürzester Zeit

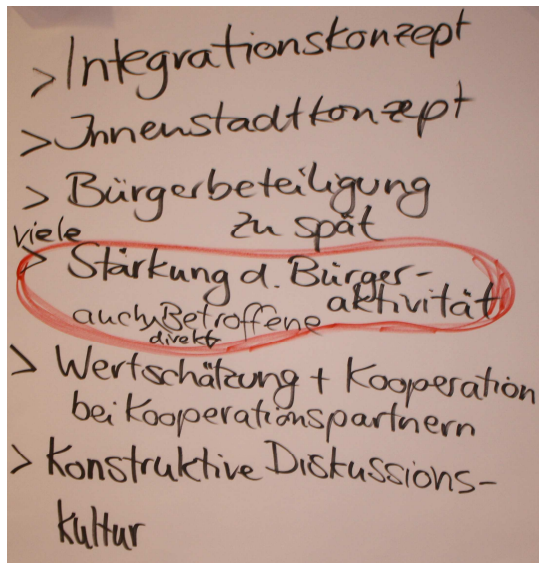
Tausende Unterschriften sammeln können, die schließlich in eine Petition an den Landtag mündete. Dieser Prozess sei auch deshalb so beispielhaft, weil die Bürger_innenschaft eben nicht nur kritisiert habe, sondern sich mit konkreten Forderungen und Lösungsansätzen an die Stadtverwaltung und die kommunalpolitische Sphäre als Akteur auf Augenhöhe etablieren konnte. Dieser konstruktive Gestaltungswille habe schließlich dazu geführt, dass nun eine Erarbeitung eines Kulturentwicklungskonzeptes stattfinden wird, das extern moderiert und zudem von Vertreter_innen aus der Zivilgesellschaft begleitet werden soll.



Auch allgemeine Erfolgsindikatoren für ein Gelingen von Beteiligung waren Teil der vorangegangenen Analyse. Neben Voraussetzungen wie Durchhaltevermögen und Hartnäckigkeit, gehöre dazu Unterstützung durch lokale Eliten, Transparenz, Vertrauen und die Notwendigkeit, im Konfliktfall auf eine Moderation/Mediation zurückgreifen zu können. Ohne Anerkennung des zumeist ehrenamtlichen Engagements, einer notwendigen Sachkompetenz und der Bereitschaft, sich auf Aushandlungsprozesse einzulassen, so der Tenor, könne nachhaltige Partizipation nicht dauerhaft gelingen. Hinzu komme, alle Maßnahmen mit einer qualitativ hochwertigen strategischen Öffentlichkeitsarbeit zu flankieren und sich mit möglichst vielen Akteur_innen im Handlungsfeld zu vernetzen.

Entwicklung gemeinsamer Wege für mehr Bürger_innenbeteiligung und Ideensammlung zur praktischen Umsetzung

Augenscheinlich interessierten sich viele Gäste für den Workshop 1 auf der



Netzwerkkonferenz. Die Gruppe war groß und zugleich sehr diskussionsfreudig. Dabei haben die Teilnehmer nicht mögliche Beteiligungshindernisse weiter debattiert, die bereits auf der Vorgängerveranstaltung stark im Fokus standen, sondern Themen gesammelt. Schließlich trafen die Diskutant_innen mit einem Voting die Entscheidung, sich aus insgesamt 4 entwickelten Bereichen, darunter das Integrationskonzept der Stadt, die Voraussetzungen für eine konstruktive Diskussionskultur und die Wertschätzung bei und mit potentiellen Kooperationspartner_innen, für

ein Feld zu entscheiden. Die Wahl fiel dabei auf die Frage, wie eine noch stärkere Beteiligung in der Stadt zu aktivieren ist und welche konkreten Maßnahmen dafür sinnvoll erscheinen.

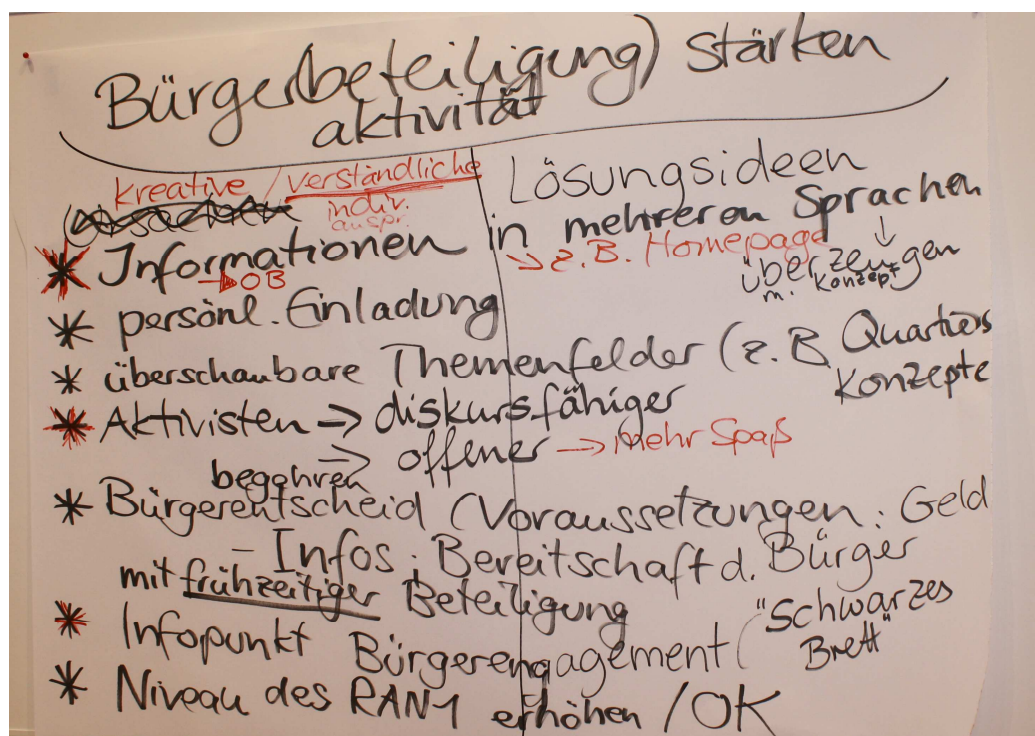
Wie die Mitmachschwelle gesenkt werden kann, also wie es gelingt noch mehr Menschen als bislang für Gestaltungsprozesse im demokratischen Gemeinwesen zu aktivieren, war ein zentraler Diskussionsstrang. Die meisten Wortmeldungen dazu waren eindeutig: Am Anfang muss eine kreative, verständliche und nach Möglichkeit individuell zugeschnittene Information mit Einladungsscharakter stehen. Nur so könne die Attraktivität für Beteiligung und Partizipation gesteigert werden. Dieser Forderungs- und Optimierungskatalog richte sich zuvorderst an die Verwaltung. Leider reichte die Zeit nicht dafür aus, hier schon konkrete Vorschläge zu entwickeln und gegebenenfalls einen Verantwortungszuschnitt zu entwerfen. „Eine tolle Idee, die aber noch nicht auf eigenen Füßen steht“, so Moderatorin Nicole Marcus.

Um ein Beteiligungsverfahren nicht von vornherein zu überfrachten und damit für viele Menschen Ressourcen- und Kapazitätshürden aufzubauen, sollten die Themenfelder nach Möglichkeit überschaubar und abgrenzbar angelegt werden.

Auch an die andere Seite des Tisches erging eine Aufforderung. Die Aktivist_innen aus den Initiativen müssten sich in einen Perspektivwechsel begeben, um die Chancen und Grenzen von Verwaltungshandeln reflektieren zu können. Viele Missverständnisse, so nicht wenige Beiträge, würden auf nicht realitätsgerechten Rollenzuschreibungen basieren, also auf einem falschen Bild, was Verwaltung eigentlich leisten kann, wie sich organisationsimmanente Hierarchien und Befugnisse auswirken, kurz: Wie Verwaltung

eigentlich tickt und funktioniert. Diese Erweiterung der Diskursfähigkeit wurde als eine zentrale Bedingung dafür markiert, dass Prozesse sich öffnen lassen und damit zudem der notwendige ideelle Überschuss entwickelt werden kann.

Um bürgerschaftliches Engagement wirksam zu aktivieren, bedürfe es darüber hinaus eines zentralen Informationspunktes, mit dessen Hilfe die Initiativen aktuelle Möglichkeiten der konkreten Beteiligung transparent kommunizieren können und Bürger_innen sich umgekehrt über sie interessierende Engagementmöglichkeiten informieren können. Diese Plattform sollte dabei idealtypischerweise gleichzeitig eine attraktive Form der Ansprache darstellen. Von einem virtuellen Schwarzen Brett bis hin zu einem „Büro mit einem freundlichen Menschen“ reichten dabei die Vorstellungen.



Fazit

Das Gruppensetting in diesem Workshop zeichnete sich durch eine ausgesprochene Heterogenität aus. Die kommunikativen und erfahrungsspezifischen Zugänge zum Themenfeld waren dementsprechend vielfältig und breit angelegt.

All dies tat einer zielorientierten Debatte jedoch keinen Abbruch, wobei die Ergebnissicherung am Ende etwas zu kurz kam. Eine strategische Entscheidung mit mittelfristiger Wirkung wurde jedoch im Nachgang bereits gefällt. Die vormals als temporär konzipierte Arbeitsgruppe DEMOKRATISCHE DEBATTE im Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE wird auch nach der WOCH – und damit in 2012 – fortbestehen und die entwickelten Anregungen und Ideen in die Netzwerkpraxis überführen.

Die Koordination und Vernetzung in diesem wichtigen Handlungsfeld endet also nicht mit der Tagung, sondern hat nun einen dauerhaften Ort gefunden.

Verlauf und Ergebnisse Workshop 2

Bürger_innenhaushalt als Instrument für Dessau-Roßlau -
Ziele und nächste Schritte

Moderation: **Volker Vorwerk** (Berater für Bürgerbeteiligung; Bielefeld)

Ein überraschend schnelles Ergebnis – Die Gründung einer AG Bürger_innenhaushalt steht an

Volker Vorwerk, von Hause aus Soziologe und Experte für Bürger_innenhaushalte, konnte in seiner Moderation ebenso auf erste Diskussionen aus der Veranstaltung „Bestimmen was uns angeht? Bürger_innenhaushalt als Instrument der Beteiligung.“ aufbauen, die am 21. November 2011 im Rahmen der WOCHGELEBTER DEMOKRATIE an gleicher Stelle über die Bühne ging. Und bereits bei diesem ersten Aufschlag standen nicht nur, wie ursprünglich vorgesehen, beispielhafte Modelle von Bürger_innenhaushalten aus den thüringischen Kommunen Weimar und Jena und deren mögliche Übertragung auf Rahmenbedingungen in Dessau-Roßlau im Mittelpunkt, sondern die Veranstaltung produzierte bereits erste und



auch überraschende Ergebnisse. Eins davon ruft der Moderator gleich in Erinnerung: „Frau Nußbeck (Finanzdezernentin der Stadt; Anm. d. Red.) hat signalisiert, dass die Stadtverwaltung an einem Bürgerhaushalt durchaus interessiert ist.“ Bereits in einem Jahr soll der erste Beteiligungshaushalt in der Doppelstadt stehen. Zudem habe Frau Nußbeck zugesagt, gemeinsam mit den interessierten Initiativen einen „lesbaren Haushalt“ redaktionell zu entwerfen. Gemeint ist damit

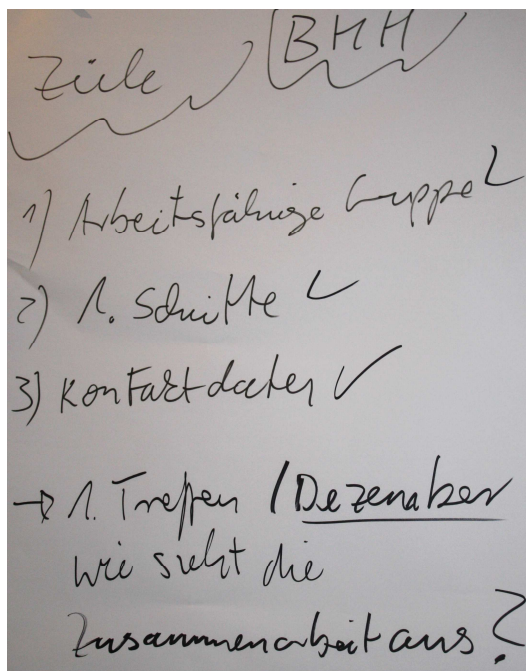
eine Artikelserie im hiesigen Amtsblatt, die die oftmals komplexen Sachzusammenhänge im Haushaltsrecht auf ein Abstraktionsniveau herunter bricht, das verständlich ist und damit gleichzeitig ein attraktives Ticket sein kann, sich auch in den Beteiligungshaushalt wirklich einbringen zu wollen.





Finanzdezernentin Sabrina Nußbeck besucht die WOCHGELEBTER DEMOKRATIE

Bei all diesen sehr konkret greifbaren Vereinbarungen verwundert es kaum, dass es zur



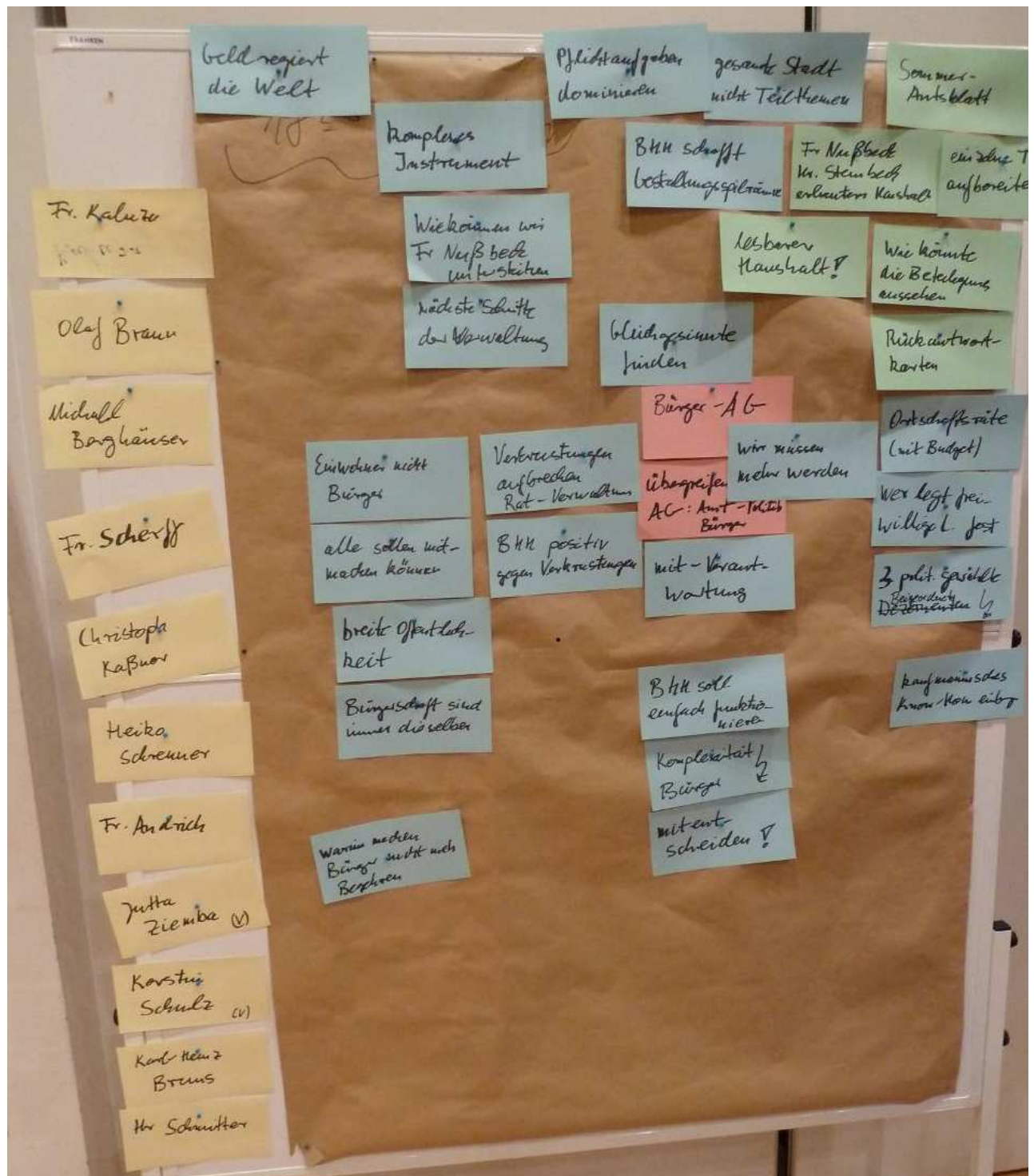
Fortsetzung zwei Tage später schon sehr viel praxisnaher zur Sache ging.

Schließlich vergeudeten die elf Diskutant_innen nicht viel Zeit mit strategischen Erwägungen und gingen gleich zum operativen Geschäft über. Sie vereinbarten, noch im Dezember 2011 die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zu initiieren, die den Prozess um den Bürger_innenhaushalt auf den Weg bringen wird. Inzwischen hat dieser Konstituierungsakt (nach Redaktionsschluss dieser Dokumentation) am 19. Dezember 2011 bereits stattgefunden.

Dennoch lieferte der Workshop nicht nur Abnickpunkte in Sachen Selbstvergewisserung, sondern entwickelte wichtige Fragen und Problemaufrisse, die dann sicherlich in der Implementierungsphase des Bürger_innenhaushaltes einfließen werden. Dazu gehöre eine unbedingt transparente Öffentlichkeitsarbeit in allen Umsetzungsphasen, um damit auch kommunikative und atmosphärische Störungen und/oder Verkrustungen aufzubrechen. Zudem solle es, so der Tenor nicht weniger Beiträge, möglich sein, dass sich auch Menschen

mit Migrationshintergrund ohne deutschen oder europäischen Pass proaktiv in die Prozesse einbringen können. Diese politische Teilhabe dürfte jedoch im Vorfeld nicht zu einer Messlatte stilisiert und erhöht werden, die am Ende nur gerissen werden könne.

„Zehntausende Menschen werden wohl nicht mitmachen“, wie es Volker Vorwerk zusammenfasst. Wenn sich an dem Abstimmungsverfahren zum Bürger_innenhaushalt am Ende 1000 Menschen beteiligten, könne das durchaus schon als großer Erfolg verbucht werden.



Verlauf und Ergebnisse Workshop 3

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Dessau-
Roßlau – Von der Idee zur Praxis

Moderation: **Thomas Steinberg** (freier Journalist; Initiative LAND BRAUCHT STADT)

Rahmenbedingungen in Dessau-Roßlau – Erfahrungen aus der Projektpraxis und zukünftige Anforderungen

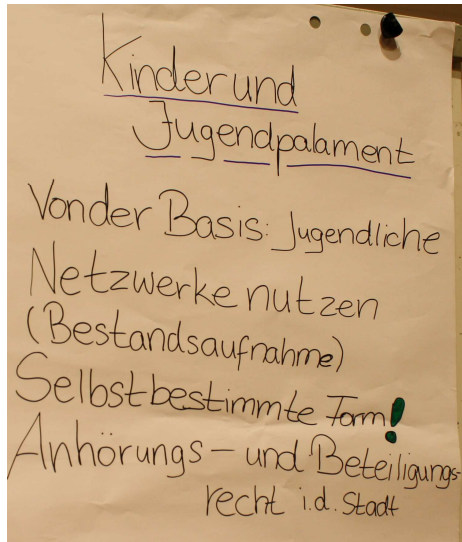
Dieser Workshop knüpfte einerseits an mannigfaltige Erfahrungen aus beteiligungsorientierten Vorhaben für und mit Kindern und Jugendlichen an, die im Jahr 2011 als Schwerpunktförderung vom Lokalen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz der Stadt Dessau-Roßlau unterstützt werden. Mit den Projekten DASUBE (**DEMOKRATISCHE ALLTAGSKULTUR STÄRKEN UND BETEILIGUNG ERMÖGLICHEN**) und BETEILIGEN – VERSTEHEN – HANDELN haben insgesamt drei Vereine rund um den MITMACH-LADEN im Dessauer Stadtzentrum ganz neue Formen und Methodenmixe bei der politischen und kulturellen Teilhabe von jugendlichen Zielgruppen erprobt.

Andererseits dockte auch diese Arbeitsgruppe ganz unmittelbar an die Veranstaltung „Macht. Machtlos? Macht los! Erfolgreiche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ an, die als zweites Format in der WOCHEN GELEBTER DEMOKRATIE am 17. November 2011, eben in jenem MITMACH-LADEN, 35 Teilnehmer anlockte.



Die insgesamt zwölf Diskutant_innen bildeten eine illustere und bunt zusammengewürfelte Gruppe.

Eine pensionierte Kinderärztin fand sich neben dem bekannten Aktivisten einer subkulturell zu verortenden Randsportart wider, die Stadträtin saß neben der Expertin aus dem MITMACH-LADEN und die Schülerin nahm gegenüber dem Leitenden Oberstaatsanwaltes Platz.



Umso bemerkenswerter, dass sich in diesem Setting schnell auf ein zu vertiefendes Themenangebot geeinigt werden konnte. Und zwar für eins, dass auch der MITMACH-LADEN bereits auf der Agenda hat: Die Implementierung eines Kinder- und Jugendparlamentes. Alle Anwesenden waren sich darin einig, dass ein solches Gremium dem demokratischen Gemeinwesen der Stadt gut zu Gesicht stehen würde. Welche Voraussetzungen, Anspracheformen und Selbstverpflichtungen allerdings geeignet seien, ein solches Vorhaben auch tatsächlich zu verwirklichen, darüber gingen die Meinungen auseinander.

Nicht wenige Wortmeldungen wiesen darauf hin, dass schließlich mit Blick auf die Vorerfahrungen nicht bei Null angefangen werden müsste. Diese Basis müsse nun zeitnah genutzt werden, um begonnene Sensibilisierungsprozesse, vor allem in Verwaltung und Kommunalpolitik, nicht abebben zu lassen. Dazu gehöre auch, einen Ort zu haben, in dem engagierte Kids eine fachkompetente Begleitung und Beratung in Anspruch nehmen können.

Ein Diskurs entspann sich indes um die Frage, wie ein Kinder- und Jugendparlament sich eigentlich selbst autorisiert und wann es den Anspruch erfüllt, so etwas wie repräsentativ zu sein. Einige Diskutant_innen merkten hier kritisch an, dass es nun gerade nicht die Aufgabe von Erwachsenen sein könne, im Vorfeld Geschäftsordnungen festzulegen. Das schrecke nicht nur ab und führe im Ergebnis dazu, dass nicht mit, sondern über die Zielgruppe gesprochen werde. Eine Stellvertreterpädagogik, so sinngemäß eine Wortmeldung, die nun gerade in vielen „gutgemeinten aber schlechtgemachten“ Teilhabeprojekten schon mehr als einmal gescheitert sei. Andere waren der Meinung, dass vor allem Erfahrungen aus Selbstorganisationsstrukturen, sei es aus kirchlichen Zusammenhängen oder beispielhaft aus anderen Kommunen und dort praktizierte Quoren Berücksichtigung finden müssten. Hier ging es um die Frage, ob ein solches Parlament besser als offenes Gremium funktioniere, oder ob gewählte Vertreter_innen nicht mehr Kompetenzen hätten und demnach auch mehr Deutungsmächtigkeit erlangen würden.

Ganz wichtig sei es zudem, die potentiellen Mitglieder des Parlaments dort zu suchen und zu finden, wo sie ihre Freizeit verbringen: in Sportvereinen, Jugendfeuerwehren und anderen Verbänden.

Aber eins, das kam vor allem aus den Statements der jugendlichen Diskutant_innen hervor, lässt sich auch mit etwaigen Anreizen nur schwer künstlich generieren: der Wille zum aktiven Handeln. Ein Beitrag brachte dieses Meinungsbild dabei gut auf den Punkt: „Die Leute müssen sich selbst finden.“

Fazit

Die Bilanz fällt durchaus positiv aus, wenn gleich auf Grund der prozesshaften Ausgestaltung noch nicht ergebnisorientiert im Detail. So sei der Eindruck entstanden, dass ein Kinder- und Jugendparlament in der Stadt gewollt sei und auch über alle parteipolitischen Grenzen hinaus auf Zustimmung trifft. Das jedenfalls, signalisierten die anwesenden Stadträt_innen. Darüber hinaus gebe es auch über den Kreis der engagierten Akteur_innen im MITMACH-LADEN die Bereitschaft, dass Projekt zukünftig zu forcieren. Zudem mache ein solches Gremium nur Sinn, wenn es mit tatsächlichen Rechten, besonders gegenüber der Verwaltung und dem Stadtrat, ausgestattet werde. Bei all dem dürfe jedoch eine handlungsleitende Prämisse nicht außer Acht gelassen werden: Erwachsene sind Ermöglicher, aber letztlich muss das Parlament Sache der Kinder und Jugendlichen werden und dann auch bleiben.



Podiumsdiskussion

Bürger_innenbeteiligung im Spannungsfeld zwischen
Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft
mit:

Dr. Patrick Föhl (Leiter Netzwerk für Kulturberatung Berlin)

André Bückner (Generalintendant des Anhaltischen Theaters)

Uwe Schmitter (Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE; KIEZ e. V.)

Dr. Stefan Exner (Stadtratsvorsitzender Dessau-Roßlau)

Moderation: Cornelia Habisch (Landeszentrale für politische Bildung)

„Ich möchte zunächst eine kleine Runde drehen bei den Dessauern hier am Tisch“, eröffnet die podiumsdiskussionserprobte Cornelia Habisch nonchalant die Abschlussrunde der diesjährigen Netzwerkkonferenz. Gleich zu Beginn möchte die Moderatorin wissen, wie denn die Diskutanten die Erfolgsfaktoren, wie auch die Hindernisse für mehr Beteiligung in der Stadt beurteilen.



von l. nach r.: André Bückner, Dr. Stefan Exner, Cornelia Habisch, Uwe Schmitter und Dr. Patrick Föhl

„Wie sehen Sie die Bereitschaft in der Verwaltung, mehr Partizipation auch zu zulassen?“, bekommt zunächst der Stadtratsvorsitzende Dr. Stefan Exner den Staffelstab gereicht. Bevor der Gefragte antwortet, macht er einen exkursiven Abstecher in die Sphären der Kommunalpolitik. Die Städte und Gemeinden würden sich demnach großer Apparate bedienen, mit Räten, Ausschüssen und kommunalen Aufsichtsgremien: „Dort wird Demokratie auf Zeit gelebt und Macht alle fünf Jahre verteilt.“ Gerade die Stadträte würden für eine Vermittlungsleistung, für Aushandlungsprozesse in das Gemeinwesen hinein stehen: „Sie sind der Transmissionsriemen von der Politik zu den Bürgern. Dennoch sieht der praktizierende Jurist die dringende Notwendigkeit, gerade im kommunalen Bereich den repräsentativen Verfahren ergänzende und beratende Beteiligungsformen zur Seite zu stellen: „Unsere Demokratie schläft ein, die Wahlbeteiligung und auch die Bereitschaft sich wählen zu lassen, wird weniger.“ Deshalb sei es wichtig, gerade die in der WOCHEN GELEBTER DEMOKRATIE entwickelten Ansätze konsequent weiter zu verfolgen. „Was die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung anbelangt, müssen wir zweifellos nachlegen“, stellt Dr. Exner eindeutig fest und verweist darauf, dass es genau solche Prozesse wären, die oftmals „vom Faktor Mensch auf beiden Seiten“ bestimmt werden. Und für einen Ratsvorsitzenden eher ungewöhnlich, endet er in der ersten Runde mit einem eindeutigen Appell: „Was ein Kinder- und Jugendparlament anbelangt, warten Sie bitte keine Beschlussvorlage ab.“

„Kultureinrichtungen sind immer sehr direkt darauf angewiesen, dass die Bürger sie wahrnehmen und die Häuser sich füllen“, wird André Bückner als Generalintendant des Anhaltischen Theaters ins Podium eingeführt. Der ist sich ziemlich sicher: „Wir können uns

nicht beklagen, dass Theater ist hier extrem verwurzelt bei den Menschen.“ Zum Diskussionsthema stellt Bückner seine ganz eigene These auf: „Theater ist ja eine ganz seltsame Institution, die einerseits darauf angewiesen ist, dass Menschen etwas konsumieren und andererseits leben wir vom Mitmachen.“ Für ihn ist auch der Zuschauer, der vermeintlich im Saal sitzt, ein „aktiver Gestalter des Abends“. Zudem begreife sich das Theater als kulturelles Zentrum in der Mitte der Stadt und setze dabei zahlreiche Projekte um, die auch im engsten Sinne als Beteiligung bezeichnet werden könnten.

Für Uwe Schmitter hat die Moderatorin eine zentrale Fragestellung parat: „Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE hat ja quasi die Aufgabe, Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Haben sie das Klassenziel mit der gleichnamigen Woche nun erreicht?“ Die Veranstaltungsreihe, da ist sich Schmitter mit den meisten Gästen im Saal einig, kann als Erfolg verbucht werden. Doch insgesamt sieht der Netzwerkaktivist noch erheblichen Ausbaubedarf in Sachen Partizipation: „Es gibt volle Gläser, es gibt leere Gläser und es gibt irgendetwas dazwischen.“ Er beginnt mit den leeren Gläsern, also den weißen Flecken und aus seiner Sicht eher gescheiterten Prozessen. Das Bürger_innenforum „Masterplan Innenstadt, das nicht zum ersten Mal in der Woche im Kreuzfeuer der Kritik stand, ist für den Soziologen ein Beispiel dafür, wie Bürger_innenbeteiligung nicht funktioniert. Über 150 Menschen hätten sich demnach von der Begrifflichkeit 'Forum' ein Mitspracherecht bei städtebaulichen Weichenstellungen erhofft und seien dann auf der ganzen Linie enttäuscht worden: „Letztlich war es eine Informationsveranstaltung und auf Vorschläge wurde mit Ratlosigkeit reagiert. Das war einfach schlecht vorbereitet.“ Bei der Beteiligung zur Entwicklung des aktuellen Stadtleitbildes habe es zudem nicht besser ausgesehen. Die Bürger_innen hätten nur eine Woche Zeit gehabt, sich einzubringen. Außerdem sei weder transparent noch angemessen kommuniziert worden, wie die Vorschläge am Ende einen redaktionellen Eingang in das Papier gefunden hätten. Schmitter gibt sich realistisch und fordert neben einer „Klarheit in der Sprache“ vor allem eins: „Wir wissen das nicht alles möglich ist, aber wenn Bürgerbeteiligung auf der Verpackung steht, sollten sich auch Elemente der rückgekoppelten Partizipation Innen wieder finden.“

Aber auch ein volles Glas hat Schmitter in seiner rhetorischen Bar. Als Beispiel für eine kooperative Beteiligung und Kooperation zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft nennt er den demokratischen Protest gegen den drohenden NPD-Bundesparteitag in Dessau-Roßlau: „Da hat es wahnsinnig schnell funktioniert, eben weil es vorher schon verbindliche und vertrauensvolle Kommunikationswege in unserem Netzwerk gegeben hat.“

Zum Schluss seines Statements wartet Uwe Schmitter mit einem Merksatz auf, der eher an die Verantwortungsträger_innen gerichtet ist: „Wenn man Bürgerbeteiligung erst nimmt kann das nur heißen: 'Bitte von Anfang an dran denken, schon in der frühesten Planungsphase.'“

„Wie sehen Sie den Stand in der Stadt Dessau?“, wird schließlich der Beteiligungsexperte Dr. Patrick Föhl um seine externe und interne Expertise gebeten. „Ich finde die Ausgangsbedingungen hier in Dessau gut. Sehr viel besser als in den anderen Kommunen, die ich in den letzten Jahren kennenlernen durfte“, beginnt der Wissenschaftler aus dem Kulturmanagement sein Beobachtungsbild einzuleiten. Das liege vor allem an den gut organisierten Bürger_innennetzwerken in der Stadt: „Das werde ich als signifikantes Zeichen dafür, dass dadurch eine nachhaltige Entwicklung möglich ist. Hier gibt es Leute, die bleiben

am Ball.“ Zudem habe er den „typischen Wutbürger“, der sich fast ausschließlich für die eigenen Interessen einsetze, in der Stadt – und schon gar nicht im Bürgerbündnis – bislang nicht erlebt: „Aber vielleicht täusche ich mich da ja auch.“ Dr. Föhl macht als einen möglichen Gelingensfaktor für mehr Bürger_innenbeteiligung vor allem die unbedingte Notwendigkeit aus, dass in der Doppelstadt eben neue Wege gegangen werden müssten: „Und ich denke, diese Stadt verträgt Experimente.“



Zusammenführende Ein- und Ausblicke. Ein Resümee

Ja, natürlich können sich alle Engagierten innerhalb und außerhalb des Netzwerkes GELEBTE DEMOKRATIE ein wenig auf die Schultern klopfen. Es kommt nicht oft vor, dass es bereits drei Wochen nach einer Veranstaltungsreihe greifbare und sichtbare Ergebnisse gibt. Der WOCHEN GELEBTER DEMOKRATIE ist genau dies gelungen, immerhin hat sich bereits eine Arbeitsgruppe konstituiert, die zukünftig einen Bürger_innenhaushalt für die Stadt an Elbe und Mulde auf den Weg bringen wird – und das mit der ausdrücklichen Unterstützungsansage von Kommunalpolitik und Verwaltung.

Dabei war es alles andere als klar, dass mit dem Format am Ende fast 200 Gäste erreicht werden konnten, die sich abseits einer Dienstleistungsmentalität proaktiv in Diskussionen einbringen, Ideen entwickeln und auch vor konkreten Verantwortungsübernahmen nicht zurückschrecken. Es gab die Bedenkenträger_innen im Vorfeld und noch kurz vor dem Startschuss stellten nicht wenige die Frage: Was soll denn eine solche WOCHEN eigentlich bringen? Selbst im engsten Organisationskreis herrschte die Unsicherheit, ob mit dem Programm der Zeitgeist getroffen wird, ob die Reihe Themen besetzt, die ankommen und angenommen werden.

Ein Destillat aus allen Gesprächsrunden und Workshops zeigt jedoch, dass das Netzwerk so daneben nicht lag: Die Stadt ist kein beteiligungsorientiertes Entwicklungsland, aber auch kein Leuchtturm auf der Partizipationslandkarte dieser Republik. Die WOCHEN GELEBTER DEMOKRATIE hat genau an dieser - zugleich ambivalenten wie zutreffenden Beschreibung - angesetzt. Nach einer fairen aber schonungslosen Bestandsaufnahme, folgten offene Diskurse um passgenaue Konzepte und Strategien. Hier hat Beteiligung stattgefunden, ganz praktisch und abseits von konjunkturellen Phrasen und leeren Worthülsen.

Jetzt kommt es darauf an, den Schwung und die Dynamik mitzunehmen, auch und gerade in das Jahr 2012.

Auf diesem Weg wird es Entmutigungen, Kommunikationspannen und atmosphärische Störungen geben, aber eben auch Phasen des ideellen Überschusses und der engagierten Veränderungsprozesse.

Denn eins ist sicher: Keine Beteiligung ohne GELEBTE DEMOKRATIE.

Impressum

Herausgeber: Alternatives Jugendzentrum e. V. Dessau

Redaktion: Nicole Marcus, Steffen Andersch

Korrektur & Lektorat: Carolin Doller

Gestaltung: Christoph Beyer, Steffen Andersch

Fotos: Christoph Beyer

Erscheinungsdatum: 21. Dezember 2011